

Polizei verhaftet Vater des toten Babys

Köln/Gummersbach. Zum Prozessauftakt am Dienstag war er nicht erschienen, nun sitzt der Vater eines im Mai 2022 an den Folgen eines Schütteltraumas verstorbenen 14 Wochen alten Babys in Haft. Wie das Landgericht Köln auf Nachfrage mitteilte, wurde der 35-Jährige am Mittwoch in seiner Wohnung in Gummersbach von der Polizei festgenommen. Anschließend sei ihm der Haftbefehl verkündet und dieser in Vollzug gesetzt worden, hieß es weiter. Hinsichtlich der Mutter (50), die am Dienstag ebenfalls nicht zum Prozessauftakt vor dem Landgericht erschienen war, gibt es hingegen bislang keine Neuigkeiten. Auch gegen die Frau hatte die 20. Große Strafkammer Haftbefehl erlassen.

Dem Elternpaar wird zur Last gelegt, ihr 14 Wochen altes Baby im Mai 2022 über Minuten geschüttelt zu haben. Dabei soll das Kind ein Schütteltrauma sowie einen Gehirnschädelbruch erlitten haben und wenig später in einem Krankenhaus verstorben sein. Ursprünglich als fahrlässige Tötung vor dem Amtsgericht in Gummersbach angeklagt, war der Fall dem Landgericht zur Prüfung vorgelegt worden, das den Fall schließlich an sich zog. Dabei erteilte das Gericht einen rechtlichen Hinweis, dass statt fahrlässiger Tötung auch eine Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolge möglich sei. (bks)

Erstmals mehr als 10 000 Fahrgäste

Engelskirchen. Erstmals haben mehr als 10 000 Fahrgäste binnen eines Jahres den Bürgerbus für Strecken innerhalb der Gemeinde Engelskirchen genommen. Mehr als 45 000 Kilometer legten die beiden Fahrzeuge des Bürgerbusvereins insgesamt 2023 zurück. Diese Bilanz zog nun der Vorstand Theo Boxberg auf der Jahreshauptversammlung, die ihn wieder für vier Jahre gewählt hat.

Geschäftsführerin Annemarie Nusch-Schneider, seit Anfang 2023 im Amt, wertet die Zahl der Fahrtbewegungen des abgelaufenen Jahres als Beleg dafür, dass die Umstellung auf den Anruf-Fahrdienst geclückt sei. Wie berichtet, hatte der Bürgerbus seinen Fahrbetrieb im Aggertal vor rund zwei Jahren neu organisiert: Bürger können bis spätestens einen Tag vor der gewünschten Fahrt bei den Disponenten anrufen und Fahrten bis zwei Wochen im Voraus buchen.

Das habe auch dazu beigetragen, dass der Verein nach dem Corona-Einbruch wieder wirtschaftlich gesund dastehe und „ein solides Reservecorpus für unerwartete Ausgaben aufbauen“ konnte, berichtete Egon Quabach der Versammlung im Kasernenbericht. (lb)

VOR 50 JAHREN

Die Gründung des VfR Wipperfürth

... war vor 50 Jahren Thema in der Zeitung: „Man schrieb das Jahr 1914. Im Gasthaus „Zum Brunnen“ in Wipperfürth gab es eine Sensation. 13 Männer hatten sich zusammengefunden und gründeten den damaligen Fußballclub Wipperfürth. Und das in einer Zeit, in der der Fußballsport als roh verschrien war und den Zorn und Unwillen vieler Zeitgenossen hervorrief. Man traf sich zu diesem Sport auf einem einsamen Bauernhof und stellte stets Wachen auf, um nicht erwischet zu werden. Ein Gymnasialdirektor drohte seinen Schülern an, falls diese beim Fußballspiel erwischet würden, Eintragungen ins schwarze Buch vorzunehmen und im Wiederholungsfalle die Schüler sogar von der Schule zu verbannen. Das größte Problem des jungen Sportvereins aber war die Sportplatzfrage. Von der Dollmanns Wiese, die als erster Sportplatz diente, zog man nach Niedergaul auf eine Wiese von Robert Tönnies, danach nach Sassenbad, bis man endlich in Herzhof den ersten Sportplatz auf einer Weide von Bauer Schnepfer bekam.“

Jetzt sollen Zusatztafeln geprüft werden

Ausschuss für Sicherheit und Ordnung lehnt mehrheitlich Mundartbezeichnungen auf Lindlarer Ortsschildern ab

VON MICHAEL LENZEN

Lindlar. Die gelben Ortstafeln und mögliche Zusatzbezeichnungen beschäftigten jetzt erneut die Lindlarer Politik. Nachdem sie in der März-Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung nach Antrag der SPD mit Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU von der Tagesordnung abgesetzt worden war, stand das Thema diesmal zur Beratung im Ausschuss an.

Ausschussvorsitzender Gerd Werner wies daraufhin, dass die Absetzung des Tagesordnungspunktes in der März-Sitzung gegen die Kommunalverfassung verstoße und rechtswidrig sei. Der Minderheiten-schutz sehe vor, dass die in die Tagesordnung aufgenommenen Punkte auch beraten werden müssten.

Inhaltlich hatte sich der Ausschuss für Schule, Sport und Kultur

Das ist der gleiche Antrag, der schon abgelehnt wurde. Es ist unehrlich zu sagen, es gehe um die Zusatzschilder

Thomas Peping (SPD) zur Argumentation der CDU

in seiner März Sitzung mit dem Antrag der CDU, Zusatzbezeichnungen in Mundart auf den Ortseingangsschildern zu ermöglichen und die rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen, beschäftigt. Mit Stimmengleichheit wurde der Antrag damals abgelehnt. Wobei es auch in dieser Sitzung einen formalen Fehler gab, denn bei der CDU hatte ein Mitglied zu viel an der Sitzung und der Abstimmung teilgenommen. An der Entscheidung selber habe das aber nichts geändert, stellte Schulausschussvorsitzender Eckhard Puschatzki klar.

Und in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung saß erneut ein CDU-Mitglied zu viel im Ausschuss. Der Fehler fiel den anderen Fraktionen diesmal aber auf, so dass er korrigiert wurde.

Nicht geändert hatten SPD, Grüne und FDP ihre Meinung zu den Zusatzbezeichnungen auf den Orts-



Ortsschilder mit dem Ortsnamen in Mundart wird es in Lindlar nicht geben. Das hat die politische Mehrheit beschlossen. Montage: Blumberg/Schmittgen

schildern. Für die CDU erläuterte Sven Engelmann den Hintergrund des Antrages. In Lindlar sei die Vielfalt zu Hause, es gebe in den Dörfern unterschiedliche Mundarten, das sei ein Alleinstellungsmerkmal. Das Interesse der Bürgervereine an einer entsprechenden Benennung in Mundart sei da.

Die SPD verstehe den Antrag nicht, so Wolfgang Mettgenberg. Die Rechtsgrundlagen seien bekannt, es gebe einen entsprechenden Ministererlass dazu und daher nichts zu überprüfen.

Patrick Heuwes, Fraktionschef der Grünen, betonte mit Hinweis auf die Absetzung des Tagesordnungspunktes in der März-Sitzung, dass man nicht gegen demokratische Rechte verstoßen wolle. Das ändere aber nichts daran, dass der Vorschlag ein Minderheitenprogramm sei, das im Schulausschuss keine Mehrheit gefunden habe. Selbst Vereine, die die Mundart pflegten, hätten einen hochdeutschen Vereinsnamen. Die rechtlichen Bedingungen seien klar, für die Entscheidung

KOMMENTAR

Halbherzige Lösung

Michael Lenzen zur erneuten Diskussion über Zusatzbezeichnungen für Ortsschilder



Knapp zwei Monate hatten die Politiker Zeit, sich erneut Gedanken über die Ortsbezeichnungen in Mundart auf den Ortsschildern oder mögliche Alternativen zu machen. Wie die teils befremdlich anmutende Diskussion zeigte, wurde diese Zeit nicht genutzt, um sich umfassend zu dem Thema zu informieren.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind klar, die Zusatzbezeichnung in Mundart ist möglich, wenn der Rat das mit einer Dreiviertel-Mehrheit entscheidet. Doch die gibt es dafür aktuell nicht. Das ist be-

dauerlich, denn der Ausschuss hätte sich mit einer positiven Entscheidung nichts vergehen, im Gegenteil.

Die jetzige Lösung, Zusatztafeln zu ermöglichen, ist halbherzig. Entweder ist die Mundart nur ein Minderheitenthema, wie es die Grünen glauben, dann sind auch Zusatzschilder überflüssig. Wenn es aber ein Thema ist, das öffentlich dargestellt werden soll, so wie es der Ausschuss einstimmig entschieden hat, dann bitte direkt auch richtig deutlich sichtbar auf den gelben Ortseingangsschildern.

Offensichtlich befindet sich die Politik im Wahlkampfmodus für die Kommunalwahl 2025 und es findet keine inhaltliche Auseinandersetzung, sondern nur ein Schlagabtausch statt. Dass es bei der Sitzung mit einem CDU-Mitglied zu viel beinahe erneut einen formalen Fehler gab, wird dabei zur Randnotiz.

zu den Zusatznamen benötige man Dreiviertel der Stimmen.

Das betonte auch Thomas Abelen für die FDP. Die Bürgervereine würden von Zusatztafeln, nicht von den Ortseingangsschildern sprechen. Wie diese Tafeln aussehen sollten, darüber könne man diskutieren und die Rahmenbedingungen klären lassen.

Es sei sinnvoll, die Bedingungen für die Zusatztafeln zu klären, so Engelmann. Es gehe im CDU-Antrag um die Ortsschilder, nicht um die Zusatztafeln, erwiderte Heuwes. Bei Zusatzschildern müsse man neu beraten. Es sei sinnvoll, beides zu klären, sagte Bürgermeister Georg Ludwig. Über die Ortsschilder sei schon entschieden worden, das Thema sei durch, so die SPD. Über die Zusatzschilder könne man dagegen beraten. Der Ausschuss lehnte bei sieben Ja- und elf Neinstimmen die Zusatzbezeichnungen auf den Ortsschildern ab, votierte bei zwei Enthaltungen aber einstimmig für eine Klärung der Rahmenbedingungen bei den Zusatztafeln.

Abschied oder am Ende nur ein Teilumzug in Gummersbach?

Schützen feiern zum letzten Mal auf dem Steinberg Schießstand auf der Hermannsburg ist aber noch nicht ganz abgehakt

VON ANDREAS ARNOLD

Gummersbach. Wenn in Gummersbach am Freitag das Schützenfest startet, kommen bei vielen Menschen auch Erinnerungen hoch an tolle Feste in der Stadthalle und eine grandiose Kirmes mit Achterbahn, Zuckerwatte und gebrannten Mandeln. Nach diesem Fest soll auf dem Steinberg Schluss sein und künftig in der Halle 32 gefeiert werden. Dabei ist außer dem reinen Schützenfest in der alten Steinmüllerhalle das Drumherum noch nicht in trockenen Tüchern bzw. spruchreif, wie der Vorsitzende Markus Brand sagt.

Dass auf dem Steinberg während des Festes auch Wehmut aufkommen und dass auch das ein oder andere Tränchen verdrückt werde, sei gewiss. So gesehen ist das diesjährige Gummersbacher Schützenfest auch ein historisches. Natürlich wäre man gerne auf dem Steinberg geblieben, doch man habe auch die Probleme dort gesehen. Angefangen beim alljährlichen Auszug des Chinarestaurants, über die Unzufriedenheit mit der Bewirtung bis zu den Problemen mit der Kirmes, so dass die Idee eines Volksfests gar nicht umgesetzt werden konnte. Der Schritt in die Innenstadt sei zukunftsorientiert, sagen Brand und Pressesprecher Michael Häcke beim Treffen mit dieser Zeitung. Doch wie



Ein Vogelschießen im Hexenbusch scheint für den Gummersbacher Schützenverein eine Option zu sein. Archivfoto: Michael Kupper

soll eine Kirmes in der Innenstadt stattfinden? Diverse Messungen, wie etwa im Stadtgarten, seien gemacht worden, um zu klären, wie standfest der Boden ist. Ob der Platz am Ende reicht, das erhoffte Volksfest abzubilden? Brand und Häcke haben noch keine Antworten. „Ginge es nur um den Ball und den Kommerz, dann würde uns ja die Halle 32 genügen“, sagt Brand. Die Kapazität dort sei die gleiche wie in der Stadthalle. „Allerdings haben wir dort keinen Königsthron“, betont der Vorsitzende. Unbenommen dessen steht für Brand außer Frage, dass Gummersbach unbedingt einen Festplatz in der Innenstadt benötige. Und das nicht nur für die Schützen. Ein ganz entscheidender Punkt

aber dürfte das Vogelschießen sein. Dass der Hexenbusch ein Favorit ist, erzählt man sich längst in Schützenkreisen. Doch ist der Standort genehmigungsfähig? Das Verfahren laufe, sagen die beiden Vorstände. Und was, wenn es keinen Standort in der Stadt gibt? Dann habe man noch immer den Schießstand auf der Hermannsburg, den man nicht abreißen werde, wie Brand sagt. Also doch eine Zweiteilung? Am liebsten nicht, denn der Vorstand fürchtet, dass man Aspiranten nach dem Frühschoppen nicht mehr auf die Hermannsburg bekomme. Den Vorteil eines genehmigten Schießstands dort sieht Brand dennoch. Und der Weg bis in den Hexenbusch ist am Ende auch nicht so viel kürzer.

Vogelsang-Mitarbeiter wissen nicht, was los ist

Betriebsrat des insolventen Regalbauers beklagt, dass er keinen Kontakt zum Insolvenzverwalter habe

VON ANDREAS ARNOLD

Kalsbach. Die Belegschaft des insolventen Regalbauers Vogelsang ist in Sorge darüber, wie es mit ihnen in Marienheide-Kalsbach weitergeht. Im April hatte es geheißt, dass die Produktion des Marienheider Regalbauers gesichert sei. Und was die Löhne und Gehälter der 42-köpfigen Belegschaft angeht, hatte der vorläufige Insolvenzverwalter Henning Dohrmann ebenfalls gute Nachrichten: „Die Zahlungen sind bis Mai abgedeckt“, sagte Dohrmann.

Doch der Mai ist bald vorbei und die Sorge im Betrieb wächst. Das berichtet der Betriebsratsvorsitzende Olcay Sen. Weder für die Beschäftigten noch den Betriebsrat sei der vorläufige Insolvenzverwalter zu erreichen. Überhaupt klagt er über eine fehlende Kommunikation und Kooperation mit dem Betriebsrat in dem bisherigen Insolvenzverfahren. „Es gibt keine Transparenz gegenüber der Belegschaft“, so der Betriebsratsvorsitzende verärgert.

Und Fragen, die an die Geschäftsleitung gestellt würden, blieben ebenfalls unbeantwortet. Dabei pressiere es in den Augen der Mitarbeiter. „Kurz vor Ablauf der drei Monate weiß immer noch niemand, wie es weitergehen soll und ob eine Auffanggesellschaft gegründet wird, ob die Menschen eine Abfin-

dung bekommen oder am Ende arbeitslos werden“, sagt Sen. Was die drei Monate angeht, stellt der Vorsitzende auf das Insolvenzausfallgeld ab, das es im Falle einer Insolvenz für drei Monate gibt. Dieses Zeitfenster schließt sich allerdings Ende der kommenden Woche.



Die Firma Vogelsang in Marienheide-Kalsbach. Foto: Arnold

Henning Dohrmann, vorläufiger Insolvenzverwalter in diesem Verfahren, sagte im Gespräch mit dieser Zeitung, dass er am Freitag ein Treffen mit dem Geschäftsführer von Vogelsang habe. Vom Vertreter der IG Metall erwarte er noch einen Rückruf. Kommende Woche, so Dohrmann, werde er im Betrieb sein. Ob und wie es für die Belegschaft weitergeht, dazu konnte er am Donnerstag nichts sagen.